

Ercheint täglich  
früh 6 1/2 Uhr.

Abgaben und Expeditionen  
Jahresgebühr 21.  
Zustellenden der Expedition:  
Sonntags 10-12 Uhr.  
Nachmittags 4-4 Uhr.

Nummern der für die nächsten  
kommenden Nummer bestimmten  
Artikel an Redaktionen bis  
1 Uhr Nachmittags, an Com-  
missionen bis 1/2 Uhr.  
In den Abtheilungen für Anzeigen:  
C. M. Meyer, Unterpoststr. 11,  
K. H. Schmidt, Unterpoststr. 18, p.  
nur bis 1/2 Uhr.

# Leipziger Tageblatt

und  
**Anzeiger.**

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Nummer 15,500.

Abonnementpreis vierteljährlich 4 1/2 M.  
incl. Bringen 5 M.  
durch die Post bezogen 6 M.  
Jede einzelne Nummer 25 Pf.  
Belagertempfer 10 Pf.  
Gebühren für Extrablätter  
ohne Postbeförderung 30 Pf.  
mit Postbeförderung 45 Pf.  
Inserate 5 gesp. Zeilen 30 Pf.  
Bestere Schriften laut unserm  
Preisverzeichnis. — Labelsänder  
Geh nach höherem Tarif.  
Reclamen unter dem Rubrications-  
titel die Spalte 40 Pf.  
Inserate sind bei an d. Expedition  
zu senden. — Abdruck wird nicht  
gegeben. Zahlung pränumerando  
oder durch Postnachnahme.

№ 214.

Freitag den 2. August 1878.

72. Jahrgang.

### Bekanntmachung.

Der officielle Katalog der diesjährigen Reichs-Exposition fällt — worauf wir entgegen den früheren Angaben verschiedener Stellen ganz besonders aufmerksam machen — auf den 29. September und 1. October dieses Jahres mit dem 12. October.

Während dieser 3 Wochen können alle in- und ausländischen Handelsleute, Fabrikanten und Gewerbetreibende ihre Waaren hier öffentlich feil bieten. Doch kann der Großhandel in der bisher üblichen Weise bereits in der zum Auspacken bestimmten Periode, vom 29. September an, betrieben werden.

Das Auspacken der Waaren ist den Inhabern der Reichslocalen in den Häusern ebenso wie den in Stuben und auf Ständen feilhaltenden Verkäufern in der Woche vor der Wöchentlichen feilhalten. Zum Einpacken ist das Offenhalten der Reichslocalen in den Häusern auch in der Woche nach der feilhalten gestattet. Jede frühere Eröffnung, sowie jedes längere Offenhalten eines solchen Verkaufslocalen wird, außer der vorgenannten Schließung desselben, jedesmal, selbst bei der ersten Einweihung, mit einer Geldstrafe bis zu 75 A geahndet werden.

Personen, welche mit dem in §. 55 der deutschen Gewerbeordnung vorgeschriebenen Legitimationscheine nicht versehen sind, dürfen bei Vermeidung einer Geldstrafe bis 150 A oder entsprechender Haftstrafe den Verkauf während der Messe nur nach eingeholter Erlaubnis des Polizeiamtes und auch mit dieser nur in den eigentlichen drei Reichswochen betreiben.

Kundlichen Expeditionen ist von der hauptpolizeilichen Ordnung des Waarenverkehrs an bis mit Ende der Woche nach der Jahnwoch das Expeditionsgeschäft hier gestattet.

Leipzig, am 30. Juli 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi. Messerschmidt.

### Bekanntmachung.

Wir beabsichtigen, in nächster Zeit auf der Kochstraße und zwar auf den Tracten von dem Heizer Thor bis zur Kronestraße, von der Politstraße bis zur Kronprinzstraße und von der Straße J. des südlichen Besatzungsplanes bis zur Grenze des Arealis des Herrn Bernhard Hüffer, Schloßneubau vorzunehmen und fordern daher im Interesse der Erhaltung der Schloß in gutem Zustande diejenigen Besitzer der Grundstücke, welche an demselben anliegenden Grundstücke, für welche sich die Nothwendigkeit der Einführung von Beischleusen in die Hauptschleuse für die nächsten Jahre übersehen läßt, auf, hierüber bis spätestens

den 15. August d. J.

bei dem Rathbauamt (Rathhaus, 2. Etage) Anzeige zu erstatten, damit die Legung der Privatbeischleusen-wohle gleichzeitig mit dem Bau der Hauptschleuse auf Kosten der Adjacenten erfolgen kann.

Leipzig, am 26. Juli 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi. Wangemann.

### Bekanntmachung.

Die Sebastian Bach-Straße, von der Rochstraße ab bis zur Bismarckstraße, soweit dieselbe nicht auf natürlichem Grund und Boden angelegt ist, haben wir mit Ausnahme des noch mit Granittröppelplatten zu bedeckenden Theiles der Fußwege als öffentliche Straße für die Stadtgemeinde übernommen.

Leipzig, am 29. Juli 1878.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi. Wangemann.

### Wahlberachtung.

Ein abschließendes Urtheil über das Wahlresultat läßt sich zur Stunde noch nicht fällen. So viel aber steht jetzt bereits fest, daß der Hauptkampf, welchen die Conservativen auf der ganzen Linie, unter der unzweideutigen Billigung der preussischen Regierung, in diesem Wahlkampfe verfolgten, die Verdrängung des Liberalismus aus dem Reichstage, insbesondere die Zertrümmerung der nationalliberalen Partei, nicht erreicht worden ist. Der Räder, mit welchem man den juglich national und liberal gesinnten Theil unserer Bevölkerung der alten Fährne abspülen wollte, hätte sich in die Parole: „Wir bekämpfen nicht die nationalliberale Richtung als solche, sondern die Fraktionspolitik in derselben.“ Von dieser „Fraktionspolitik“ wurden dann die schaurigsten Dinge erzählt. Bei näherem Zusehen aber ergab sich leicht, daß unter derselben lediglich die bisherige Leitung der nationalliberalen Partei verstanden war. Man wußte dieser Partei alles Erstes zu. Hand anlegen an ihre eigenen Führer und sich dann in die unbedingte Gefolgschaft der Regierung zu begeben. Damit ja kein Zweifel bleibe, wurden die hervorragendsten Männer der nationalliberalen Partei unter ausdrücklicher Nennung ihres Namens mit den schwersten Beschuldigungen überhäuft, und nicht in der reactionären Wintepresse allein, auch in großen deutschconservativen Zeitungen, war, wenigstens zwischen den Zeilen, zu lesen, daß ein Feind des Kaisers sei, wer diesen Männern nochmals seine Stimme gebe. Die Antwort des Volkes auf diese Zumuthungen enthalten die Wahlen. Die Männer, welchen die nationalliberale Bevölkerung Deutschlands seit langen Jahren freudig gefolgt ist, werden auch in dem neuen Reichstage wieder erscheinen, und wir bezagen nicht, daß sie sich dort von ihren Freunden verlassen sehen könnten. Nur eine liberale thörichte Speculation könnte darauf rechnen, daß ein Verband wie die nationalliberale Fraction, der mehr als ein Jahrzehnt überdauert und sich nach jedem neuen Sturm nur um so fester gefügt gezeigt hat, plötzlich ganz auseinander gefallen sein sollte. Nicht Willkür oder Zufall, auch nicht die Gleichheit des Standes oder der socialen Interessen haben ihn geschaffen; er ist hervorgegangen aus der Erkenntnis der Nothwendigkeit, daß unser nationales Gemeinwesen nur gedeihen könne, wenn es ausgehattert sei mit starker staatlicher Macht, zugleich aber sich entwickeln nach den Grundfragen eines aufrechten Constitutionalismus. In diesem Sinne in der That ist das neue deutsche Reich gegründet worden, und es würde die ganze Zukunft desselben gefährden heißen, wollte man von dieser Richtung wirklich abweichen. Denn nach dem alten, aber noch immer unerschütterten Satze werden Staaten nur durch die Principien erhalten, aus welchen heraus sie gegründet sind. Gerade darum nehmen wir immer aus Neue für unsere Partei die Eigenschaft einer wahrhaft nationalen Partei in Anspruch und gerade darum behaupten wir immer aus Neue, daß eine wahrhaft nationale

Regierung sich mit dieser Partei niemals auf die Dauer vereinigen kann. Die Bekämpfung der Socialdemokratie bei den Wahlen ist leider nicht mit dem Erfolge durchgeführt, welcher in der gegenwärtigen Lage als eine Ehrenpflicht des deutschen Volkes erschien. Die vollständige Entfernung der Vertreter der Umsturzpartei aus dem Reichstage ist nicht gelungen; immerhin läßt sich jetzt bereits eine wesentliche Verminderung der socialistischen Reichstagsfraktionen annehmen. Daß im vierten Berliner Wahlkreise die Verdrängung der Socialdemokratie nicht eben so wie im sechsten, gleich im ersten Anlaufe durchgeführt wurde, sondern einer Stichwahl vorbehalten bleibt, ist lediglich dem Starrsinn jener Leute zuzuschreiben, die zwar fortwährend die Nothwendigkeit, das Volk unter einer starken Staatsgewalt zu stellen, im Munde führen, ihrerseits aber niemals Lust haben, den sonnenklaren Geboten der politischen Situation zu gehorchen. In den von der Socialdemokratie ernstlich gefährdeten Wahlkreisen ergab sich das Verhalten für die Freunde der Ordnung von selbst überall, wo nicht ein ganz eclatanter politischer Umschwung zu Tage getreten war, mußten dieselben sich auf einen Candidaten derjenigen Richtung vereinigen, welche bei der letzten Wahl die Majorität gehabt hatte. Lediglich der Umstand, daß Dies nicht geschah, hat im vierten Berliner Wahlkreise wie in den beiden Breslauer Wahlkreisen, in Elberfeld, Panau u. s. w. die Nothwendigkeit der Stichwahl herbeigeführt. Diejenigen, welche den Fehler begangen, werden die Verantwortung dafür tragen, wenn der Ausfall der Stichwahl für die Sache der Ordnung kein günstiger ist. In einige Verlegenheit ist in diesem Zusammenhange die Centrumpartei versetzt. Sie hat das vorige Mal bei der Stichwahl im Kreise Solingen den Ausschlag zu Gunsten der Socialdemokraten gegeben. Diesmal ist das Verhältnis dort genau daselbe. Auf welche Seite wird Herr v. Schorlemer-Riß diesmal seine Anhänger commandiren? Die Lecken in Riffingen mit dem päpstlichen Runtus eröffneten Verhandlungen verbieten jeden Schein eines Zusammengehens mit den Socialdemokraten. Die Frage ist aber, ob die „katholischen“ Elemente des Kreises Solingen, welche vor anderthalb Jahren den Socialdemokraten so bereitwillig zu Hülfe kamen, nicht von jener bedenklichen Gattung sind, wie sie der ultramontane Socialdemokrat Stöbel in Essen beschließt. — Was das Auftreten der Socialdemokratie bei den diesmaligen Wahlen im Allgemeinen anlangt, so scheint leider abermals eine nicht unwesentliche Zunahme der Gesamtzahl ihrer Stimmen an den Tag kommen zu sollen. Dagegen hat die so-called christlich-social Partei in einem alle Erwartungen übertreffenden Maße Hiasco gemacht. Die Discussion über den Plan, die socialdemokratische Gesandtschaft nach dem Recepte des Herrn Hofprebiger Stöcker zu besenden, dürfte nach diesem praktischen Erfolge ein für allemal geschlossen sein.

### Bekanntmachung.

Das 26. Stück des diesjährigen Reichs-Gesetzblattes ist bei uns eingegangen und wird bis zum 17. August d. J. auf dem Rathhaussaale öffentlich aushängen. Dasselbe enthält:  
Nr. 1262. Gesetz, betreffend Abänderungen und Ergänzungen der Instruktion vom 2. September 1875 zur Ausführung des Gesetzes vom 18. Februar 1875 über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden. Vom 11. Juli 1878.  
Leipzig, den 30. Juli 1878.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi. Gerull.

### Bekanntmachung.

Das 8. und 9. Stück des diesjährigen Gesetz- und Verordnungsblattes für das Königreich Sachsen sind bei uns eingegangen und werden bis zum 17. August d. J. auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich aushängen. Dasselbe enthält:  
Nr. 47. Bekanntmachung, die Normen für die Construction und Ausrüstung der Eisenbahnen Deutschlands betreffend; vom 1. Juli 1878.  
Nr. 48. Verordnung, den Wegfall der Leipziger Reggebühren (Rechnungskosten) betreffend; vom 10. Juli 1878.  
Nr. 49. Verordnung, die Berechnung des Sicherheitsleistungspennels betreffend; vom 16. Juli 1878.  
Nr. 50. Bekanntmachung zur Veröffentlichung der Ausführungsbestimmungen zum Reichsgesetz vom 8. Juli 1878, betreffend den Spielkartenstempel; vom 16. Juli 1878.  
Nr. 51. Landtagsabschied für die Ständerversammlung der Jahre 1877 und 1878; vom 24. Juli 1878.  
Leipzig, den 31. Juli 1878.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi. Gerull.

### Bekanntmachung.

Da die Benutzung der Hartoristrasse auf dem Tracte zwischen der Kleinen Burgoasse und der Bleichen-gasse zur Ablagerung der Baumaterialien für den Werbau daselbst nöthig ist, so wird dieser Theil der Hartoristrasse von jetzt ab bis auf Weiteres für den Fahrverkehr gesperrt und der Fußverkehr nur auf dem Fußwege längs der Gerichtsgebäude gestattet.  
Leipzig, am 30. Juli 1878.  
Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi. Wangemann.

### Zur Wilhelmspende

sind in hiesiger Stadt nach einer vorläufigen Berechnung von 60,853 Personen 18,308 A 25 A beigetragen worden. Indem wir dieses erfreuliche Resultat zur öffentlichen Kenntniss bringen, sagen wir sowohl allen Gebern, als auch denen, welche uns bei dieser Sammlung unterstützt haben, unsern Dank.  
Leipzig, am 31. Juli 1878.  
Das Comité für die Wilhelmspende.  
Stadtath Necker, Vorsitzender.

### Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 1. August.  
Ein Rückblick auf den eben durchgemachten Wahlkampf muß uns, sagt die „Nat. Lib. Cor.“ zunächst ins Gedächtnis rufen, weshalb der Reichstag zu so unbehaglicher Zeit aufgelöst wurde. Die offizielle Legende sagt: wegen der Ablehnung des von der preussischen Regierung entworfenen Socialistengesetzes; in Wirklichkeit geschah es zur Verdrängung der parlamentarischen Macht des Liberalismus. Das Eine war der Anlaß und das Andere der eigentliche Grund und Zweck. Es wäre anständiger, dies offen einzugehen, auch wenn es keineswegs in dem erwarteten Umfang erreicht worden ist; es wäre selbst nützlich für das weitere nothwendige Zusammenwirken. Man sollte doch endlich darauf verzichten, die patriotischen Vertreter des deutschen Volks zu behandeln wie eine verächtliche fremde Macht, gegen die im diplomatischen Verkehr eine gewisse durchsichtige Heuchelei erlaubt ist, und mit der man vom Frieden zum Kriege übergeht, sobald die Umstände zu ihrer Demüthigung angethan scheinen. Dies kann unmöglich zu etwas Gutem führen; es sollte daher nicht einreichen. Die Regierung muß in ihrem öffentlichen Auftreten, auch wo es nicht in feierlicher Form erfolgt, einfacher und folgerichtiger verfahren, nicht bald ohne Noth herausfordernd reden und bald wieder ohne Veränderung der Lage versöhnlich, wenn sie sich das Ansehen, ihrem Worte den Einfluß bewahren will, ohne welche ein junges kaum befestigtes, von starken Feinden umringtes Reich wie das unserige auf die Dauer nicht regiert werden kann. Rehnlich der Regierung an Unberechenbarkeit und Widersprüchen hat sich in dieser bedeutungsvollen politischen Krise die freiconservative Partei gezeigt. Bald war sie „die nationale Partei der Zukunft“ und sprach den Führern der Nationalliberalen plötzlich die patriotische oder wahrhaft nationale Gesinnung ab; bald befiel sie sich wieder auf das lange gute und fruchtliche Zusammengehen mit ihnen. Aber die meisten ihrer Redner und Schriftsteller schienen doch ganz vergessen zu haben, wie lebhaft Deutsch-Ost — um von dem Neconservativen Herrn v. Rauchhaupt gar nicht zu sprechen — im März noch im preussischen Abgeordnetenhaus das Scheitern der Verhandlungen über den Eintritt einiger nationalliberaler Politiker ins Cabinet bedauert hatte. Sie schlossen sich der Dege gegen diese und der Jagd auf bisher liberal besetzte Reichstagsfraktionen mit derselben heiteren Unbefangenheit an, mit der ein Officier gegen die befreundeten Kameraden in einem Nachbarstaate zu Felde zieht, sobald sein Souverain diesem den Krieg erklärt hat. Wenn man aber bald nachher im Parlament dann doch mit einander gemeinschaftlich zu handeln hat, ist solche Cavalier-Manier nicht besonders angebracht. Sie erschwert die Wiedergewinnung leidlichen Einvernehmens. Die freiconservativen mögen auf diese Art ein paar Siege gewonnen haben oder künftig noch gewinnen, aber ihr praktischer Einfluß im Reichstage wächst dadurch kaum,

und von jener Zukunft, wo die ganze Nationalpartei von ihnen gelenkt werden würde, träumen doch wohl selbst ihre Heißsporne nur in der doppelten Gluth der Hundstage und des Wahlsiebers. So gute Nachbarn sie der nationalliberalen Fraction früher gewesen sind, hat ihr jüngstes Verhalten doch die Erinnerung daran fast auslöschen müssen.  
Von preussischen Bischöfen sind jetzt, nach dem Tode des von Osnabrück, nur noch drei im Amte, die von Galm (s. v. Rarow), Ermland (Krements) und Hildesheim (Sommerwerk gen. Jacobi). An eine Neubesetzung des erledigten Bischofsthrones von Osnabrück ist bei der Haltung der römischen Curie einzuwirken wohl nicht zu denken, so lebhaft auch in letzter Zeit die verschiedensten Gerüchte von einer nahe bevorstehenden Beilegung des Culturkampfes beziehungsweise der Vereinbarung über einen modus vivendi verbreitet worden sind. Hätten derartige Nachrichten in der That eine reelle Unterlage, so würde die bei dem Bischofthron von Osnabrück eingetretene Vacanz eine geeignete Gelegenheit bieten, den so lange vergeblich gesuchten modus vivendi einer praktischen Probe zu unterziehen. In demjenigen Theile Preussens, welcher die stärkste katholische Bevölkerung besitzt, ist jetzt kein Bischof mehr ordnungsmäßig besetzt. Bileicht würdige man diese Thatsache in Rom einer ersten Erwägung. In jedem Falle darf man auf die Folgen gespannt sein, welche die Erledigung des Osnabrücker Sitzes nach sich ziehen wird.  
Ueber die Verhandlungen der preussischen Regierung mit dem Vatican wird der „A. Z.“ aus Rom mitgetheilt, daß die Frage wegen Einrichtung einer beiderseitigen offiziellen Vertretung fallen gelassen worden ist. Preussischerseits wird als unumgängliche Bedingung einer derartigen öffentlichen Annäherung die förmliche Anerkennung der thatsächlich bestehenden Gesetze auf politisch-kirchlichem Gebiet aufgestellt. Die Curie will aber in dieser Principienfrage sich nicht in Widerspruch mit ihrer eigenen Vergangenheit verwickeln, und so wird man beiderseits vernünftig sein, es zu einem leidlichen modus vivendi zu bringen. Daß Pao sich nicht entschließen kann, den Vatican zu verlassen, während sämtliche Prälaten seines Hofes und der obersten kirchlichen Verwaltung frei aus- und einfliegen, hängt hauptsächlich von dem Druck ab, den ausländische Ultramontane auf ihn auszuüben wissen, namentlich die Franzosen. Die Frage des Peterpennings spielt eine mächtige Rolle dabei. Man sieht, wie auch die guten Christen für ihr Geld wenigstens grübeln wollen. Einem Papp, der nicht auf Stroh schläft und mit den Ketten rasselt, geben sie Nichts. Leo aber hört nicht auf, die Spitzen des französischen Clerus heimlich zu sich zu entziehen, um mit ihnen zu verhandeln, wie man in Frankreich das christliche Gefühl und die Verfassung mit dem armen Pontifex zu weiden vermöchte. Sonderbar klingt eine andere Nachricht, die im Vatican umgeht: Staatssecretair Franchi hätte den Kuntien zu Paris und Wien Auftrag gegeben, sich zu erkundigen, ob Italien auf dem Congresse sich